

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse Tageszeitung

Druck- und Verlagsanstalt: Kurt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaften Dresden-Alst., und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden,
sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rostsch, Roshwiz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoppitz, Hosterwitz, Pillnitz, Dobritz, Laubegast.
Druck und Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Blasewitz. / Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Fr. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigen-Teil: Paul Leopold, Dresden.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.—, einschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—,
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz
Dienstag, 26. Oktober 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile ober deren Raum
1.— Mark, im Textteile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Der Betriebsrat als Staatskommissar.

In der Arbeiterpresse wird die Frage einer zwangsweisen Weiterführung von Betrieben, deren Stilllegung der Arbeitgeber vorzunehmen beabsichtigt, noch immer eingehend erörtert. Wir hatten schon gelegentlich der Verhandlungen über den Antrag Artz und Genossen in der Sächsischen Volkshammer ausführlich darauf hingewiesen, daß kein Industrieller ein Interesse daran haben kann, einen rationell arbeitenden Betrieb stillzulegen, auch wenn etwa die allgemeinen Verhältnisse ihm nicht begünstigen, und wenn insbesondere auch die Entwicklung, die die Verhältnisse im Betriebe durch das Betriebsrätegesetz genommen hat, nicht nach jedermanns Geschmack sein dürfte. In jedem Betriebe ist eine Fülle von nicht nur finanzieller, sondern auch ideeller Kapitalanlage vorhanden, für die der Industrielle bei der Stilllegung des Betriebes, auch wenn es möglich wäre, das reine Kapital herauszuschneiden, niemals einen Ausgleich bekommen kann. Wir möchten nur daran erinnern, daß das Ansehen, das eine Firma, die viele Jahrzehnte tätig ist, in der Welt sich erringen kann und ferner die Fülle der Erfahrungen, die der Betriebsleiter in seinem eigenen Betriebe sammelt und nützlich verwerthen kann, die aber nicht mechanisch auf irgend ein anderes Unternehmen übertragen werden können und bei einer solchen Stilllegung ohne entsprechenden Äquivalent verloren gehen. Grundätzlich müßten wir deshalb also nochmals betonen, daß wir uns keinen Industriellen denken können, der sich zur Stilllegung seines Betriebes entschließt, wenn ihm nicht ganz wichtige wirtschaftliche oder persönliche Gründe (Krankheit) dazu zwingen. Trifft aber einmal der Fall ein, daß solche Gründe vorhanden sind, dann ist es unserer Meinung nach unbillig, dem betreffenden Industriellen vorzuschreiben zu wollen, daß die Fortführung seines Betriebes trotzdem in irgend einer Form zu erfolgen hat, die seinen eigenen Interessen nicht entspricht, und die ihm nicht einen Ausgleich für das bietet, was er in finanzieller und ideeller Beziehung in den Betrieb hineingesteckt hat.

Ganz anderer Meinung hierüber sind aber die Organe der Arbeiterpresse. Die rein politischen Blätter beschäftigen sich damit, diese Frage für maßhaltige Zwecke auszubehaupten und von der Profügier der Unternehmer zu sprechen, die der Allgemeinheit ihre Mitarbeit entgegenstellen wollen. Darüber hinaus hat aber neuerdings das Organ der Betriebsräte, nämlich die Zeitschrift „Der Betriebsrat“, in einem Artikel eines Herrn Ingenieur Fris eine ganz bestimmte Forderung formuliert, nach denen die Fortführung derartiger Betriebe unter Leitung des Staates vorgenommen werden soll, wenn ein Betriebsinhaber seinen Betrieb stilllegt. Es heißt in dem Artikel wörtlich wie folgt:

Die Stilllegung von Betrieben soll und muß verhindert werden. Es muß in solchen Fällen untersucht werden, ob der Betrieb ein wichtiger ist oder auf Herstellung lebenswichtiger Waren umgestellt werden kann. Diese Prüfung darf jedoch nicht durch Juristen erfolgen. Sachleute haben hier ausschließlich zu bestimmen. Soll die Stilllegung wegen Mangel an Betriebsmitteln erfolgen, so ist es bei dem jetzigen Stande bereits möglich, auf Antrag des Unternehmers solche zu erhalten. Der Unternehmer hat aber dann durch den Weiterbetrieb seines Unternehmens mit Hilfe staatlicher Mittel Gelegenheit, seinen Reichtum zu vermehren; denn eine Stilllegung bedeutet für ihn immerhin einen Verlust. Es muß daher auf jeden Fall verhindert werden, daß der Unternehmer aus der Weiterführung seines Betriebes mit Hilfe von Staatsmitteln irgendwelchen Gewinn zieht. Diefen hat vielmehr die Allgemeinheit zu erhalten. Einen bestimmten Gewinn erzielt der Unternehmer trotzdem dadurch, daß seine Unkosten gedeckt werden. Wird nun der Unternehmer gefunden sein, seinen Betrieb weiterzuführen, wenn er keinen Gewinn erzielt? In der Regel wohl nicht. Die Ausnahmen werden selten genug sein.

Falls der Unternehmer verzichtet, den Betrieb weiterzuführen, muß der Betriebsrat mit der Weiterführung beauftragt werden und alle in solchen Betrieben leitend tätigen Sachverständigen müssen ihre Funktionen weiter ausüben. Sie müssen der Allgemeinheit gegenüber für ordnungsmäßige Leitung verantwortlich gemacht werden.

Es werden aber auch Fälle vorkommen, wo der Unternehmer seinen Betrieb stilllegen will, trotzdem Kapital, Anträge und Rohmaterialien vorhanden sind. Solche Fälle sind gar nicht selten. Hier muß der Betriebsrat den Antrag stellen können, daß die Erwerbslosenfürsorge die Betriebsmittel bereitstellt, damit der Betrieb in Gang gehalten werden kann. Diese Bereitstellung von Betriebsmitteln darf jedoch nicht nur für eine kurze Zeitdauer, sondern muß auf unbeschränkte Zeit erfolgen. Die Ueberbrücke eines solchen Unternehmens ist ausschließlich der Allgemeinheit zufließen.

Da der Betriebsrat nach dem Betriebsrätegesetz die Wahrnehmung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen der Bevölkerung obliegt, er aber auch für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes Sorge zu tragen hat, so muß ihm auch das Recht eingeräumt werden, Betriebe, die stillgelegt werden sollen, weiterzuführen und schließend Betriebskapital von der Erwerbslosenfürsorge zu fordern. Die Unternehmer können Anträge auf finanzielle Zuschüsse stellen und was für die Unternehmer recht ist, muß doch wohl für die Arbeitnehmer, bzw. dem Betriebsrat billig sein. Oder ist es anders in einer demokratischen Republik?

Diese Ausführungen unterscheiden sich von den sonstigen linksradikalen Meinungen in dieser Frage trotz allem polemischen Betones ersichtlicherweise wenigstens dadurch, daß sie die Angelegenheit nicht bloß zum Ausgangspunkt von Verdächtigungen der Industrie machen, sondern positive Vorschläge enthalten. Diese Vorschläge sind aber auch danach, mit einer Notwendigkeit, die in dem früheren Reichstag kein Reich bei derartigen Fragen an die Öffentlichkeit gebracht haben würde, wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß der Un-

ternehmer seinen Betrieb und das darin investierte Kapital dem Betriebsrat zur weiteren Verwendung zur Verfügung stellt, ohne daß die Frage, wie das Verbleibend geregelt werden soll, überhaupt erwähnt wird. Die notwendige Ergänzung dieser Vorschläge kann doch nur darin liegen, daß der Staat dem von Sachverständigen festgestellten Wert abkauft und ihn dann auf eigene Rechnung unter Leitung des Betriebsrates weiterführen läßt. Niemals aber kann der Staat den Betriebsrat mit der Weiterführung beauftragen, wenn die Mittel und Einrichtungen, mit denen der Betriebsrat arbeitet, Eigentum des Unternehmers sind, denn es ist eine rechtliche Unmöglichkeit, daß ein Dritter mit dem Eigentum eines anderen schalten und walten kann. Der Vorschlag ist deshalb wieder ein typisches Beispiel dafür, wie von Arbeitnehmerseite in allen diesen Dingen nicht oft genug Einspruch erhoben werden, und wenn wir auch nicht glauben, daß der Vorschlag des Herrn Ehrde wirklich ernsthaft zur Diskussion gestellt wird, so möchten wir diesen grundsätzlichen Standpunkt doch auf alle Fälle an dieser Stelle zum Ausdruck bringen.

Die römische Mission des Fürsten Bülow.

In den noch wenig aufgeschalteten Kapiteln unserer Kriegspolitik gehört die römische Mission des Fürsten Bülow, die dementsprechend ergebnislos blieb und Italiens Eintritt in den Krieg nicht hinderte. Die Frage nach der Ursache dieses Scheiterns kann von vornherein nicht auf die Person des Fürsten Bülow gerichtet sein. Denn es ist von selbst klar, daß die Fähigkeiten dieses unseres besten Staatsmannes der nachbismarckischen Zeit an sich einen Erfolg versprochen hätten. Der Misserfolg muß also in Begleitumständen zu suchen sein, die der Mission des Fürsten Bülow Hemmnisse in den Weg legten und die nach der ganzen Lage der Dinge irgendwelche mit unseren damaligen politischen und diplomatischen Schwächen zusammenhängen müssen. Dr. W. Spidernagel ist dieser Frage nachgegangen und hat durch einen Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ vom 31. August d. J. eine gründliche Klärung gegeben. In einem Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ vom 13. Oktober d. J. hat Dr. Spidernagel das Ergebnis seiner Auseinandersetzungen gezogen. Soviel uns bekannt ist, bereitet er eine Biographie des Fürsten Bülow vor und kann dabei die besten Quellen auch persönlicher Art verwenden. Sein Material ist also zuverlässig und hat diese Eigenschaften auch gegen Anschuldigungen von anderer Seite bewährt.

Aus den bisherigen Erörterungen der Frage geht hervor, daß Fürst Bülow in einer Zeit nach Rom geschickt wurde, als es zur Abnahme der Verhandlungen schon zu spät war. Diese Verzögerung ging auf kleinliche und persönliche Widerstände zurück, die damals sowohl im auswärtigen Amt in Berlin wie von Wien aus einwirkten. Dr. Spidernagel stellt diese Tatsachen in seinem letzten Artikel in einer Polemik gegen den Postfachler A. D. Grafen Bedel vollkommen überzeugend fest. Er hält auch gegen die Behauptung von derselben Seite die Behauptung aufrecht, daß, als Fürst Bülow in Rom weilte, die diplomatischen Intrigen sowohl vom auswärtigen Amt in Berlin wie von Wien aus gegen die Trentinopolitik des Fürsten Bülow fortgesetzt wurden. Vechten Endes ist diese Minderarbeit ein schlagender Beweis dafür, daß die politische Leitung in Berlin sich gegen Wien ebenso wenig durchzusetzen vermochte wie gegen eigenmächtige Sonderbestrebungen des deutschen auswärtigen Amtes. Diese Erscheinung tritt durch alle Beweise, die Dr. Spidernagel vorbringt, sehr klar zutage. Am allerwenigsten gelangt es dem Grafen Bedel, das Gegenteil dadurch zu beweisen, daß er den damaligen Reichskanzler von Bethmann als eine Natur hinstellt, die viel zu offen und gerade gewesen sei, um Schlechtere zu geben. Dieses Argument wirkt nicht überzeugend. Als bisheriges Ergebnis der ganzen Polemik kann man feststellen, daß die deutsche Kriegspolitik der Herr Bethmann und das Verhalten der damaligen Wiener Regierung eine weitere starke Belastung erfahren, während die Persönlichkeit des Fürsten Bülow in jeder Beziehung dabei gewinnt.

Politische Nachrichten.

Reichstagspräsident Vöbe über die inneren Lage.
Der Reichstagspräsident Vöbe, äußerte sich gegenüber dem Vertreter der Schweizerischen Dampfschiffahrtsgesellschaft über die innere Lage in folgender Weise: Soweit sich heute die Lage übersehen läßt, ist vorläufig noch mit einem Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition zu rechnen, die zwar keine absolute Mehrheiten hinter sich hat, aber auf wohlwollende Duldung der Nachbarparteien rechnet. Eine Erweiterung nach rechts oder links erscheint auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Eine Erweiterung nach rechts durch die Deutschnationale Partei würde als ein Schritt zum Monarchismus gewertet werden und die ganze Arbeiterklasse nicht nur die Donnarbeiter, auf die seine Bringen, zu schmerzlichen wirtschaftlichen Erschütterungen und politischen Zusammenstößen führen, welche unser Land, das ohnehin an einem finanziellen und wirtschaftlichen Abwärts einhertritt, vollends ruinieren müßten. Auf jeden Fall würde der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung unser Land zu einem Kompagniegebiet machen. Aber auch nach links sind die Aussichten einer Erweiterung der Regierungskoalition nicht groß. Der Kaiserliche Parteitag der Sozialdemokraten hat ebendies entschieden, daß die Zeit für einen Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung noch nicht gekommen ist. Dieser Eintritt müßte so, harte sozialistische, demokratische und anti-

militärische Tendenzen zur Voraussetzung haben, wie sie im Augenblick noch nicht gegeben sind. Die durch die Wahl geschwächten Sozialdemokraten würden einen gegen die alte Koalition noch verminderten Einfluß ausüben und nicht stark genug sein, um die Erwartungen der eigenen Parteiangehörigen zu erfüllen und dem politischen und wirtschaftlichen Leben jenen Impuls zu geben, der zur Erneuerung nötig ist. Viel wird dabei von der weiteren Entwicklung der linken Gruppen des Parlaments abhängen. Es kann in Deutschland natürlich nicht dabei bleiben, daß vier verschiedene sozialistische Parteien nebeneinander arbeiten. Die beiden kommunistischen Richtungen werden sich bald verschmelzen, und die beiden sozialistischen dürften durch die Verhältnisse bald genötigt werden, gemeinsame Politik zu machen. In das erst einmal der Fall, dann kann das Gewicht der Sozialdemokratie wieder stärker in die Waagschale fallen. Aber diese ruhige Entwicklung erscheint durch zwei wirtschaftliche Faktoren gefährdet: gelangt es nicht, weiterer Arbeitslosigkeit und größerer Teuerung Einhalt zu gebieten, dann können verarmte Massen die ruhige Entwicklung auf das schwerste bedrohen, und verliert Deutschland die Kohlenkrise überdies, dann ist nicht nur der Lebensenergie unserer Wirtschaft getroffen, sondern auch die Erfüllung des Versailler Vertrages unmöglich, dann würde die Grundlage für einen Wiederaufbau Deutschlands zusammenbrechen.

Die Kommunisten rufen zum Endkampf.

Berlin, 24. Oktober. Im Bezirksverein Berlin-Brandenburg der K. P. D. fand heute eine Kundgebung der neuen Kommunisten und der K. P. D. gegen die Ausweisung Stranskows und Ponomoff statt; u. a. referierten Däumig und Seider. Aus den Bedankensreden der Redner sei hervorgehoben, daß sie übereinstimmend der Meinung Ausdruck gaben, daß von einer Verhandlung mit dem Völkertum keine Rede sein könne, sondern daß auf beiden Seiten zum Endkampf gerufen werde. Die K. P. D. und K. P. D. müßten sich wahrscheinlich dann zusammenschließen, aber die Kommunisten würden eine starke Partei schaffen und würden vor allem die Kleinrenten in die Gewerkschaften legen, um die Massen nach links zu drängen. Deshalb stelle sich auch die Regierung schüßend vor die Gewerkschaften. Die kommunistische Partei werde den Kampf gegen die Gewerkschaften aufnehmen und hoffe, die gelbe Amsterdamer Internationale zu sprengen. Nach Schluß der Versammlung kam es noch zu lebhaften Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Anhängern der kommunistischen Arbeiterpartei.

Deutschlands Scheidewege.

Leon Picard veröffentlicht im „Economic Europeen“ einen Artikel, in dem er festhält, daß Deutschland eine der tragischsten Phasen durchmache, die jemals ein Land gekannt habe. Die ephemere wirtschaftliche Prosperität, von der es nach dem Waffenstillstand Nutzen gezogen habe, habe ihm einen Augenblick keine schreckliche Lage verschleiert. Vor einigen Monaten sei wohl eine industrielle Krise einsetzten, die alle klarblickenden Menschen vorausgesehen hätten. Jetzt könne Deutschland sich und den anderen nicht mehr den Ernst seiner Lage verbergen. Die Auflagen seien annulliert worden, die Fabrikation stillgelegt und die Arbeitslosigkeit werde zu einer öffentlichen Katastrophe. Nur die Kohlenindustrie lenke noch ein wenig Prosperität, die andere Industrie friste seit Monaten ein Scheidewege. Der neue Sturz der Mark habe nicht die erwünschte Erhöhung des Exports gebracht. Deutschland könne nicht mehr kaufen und das Ausland wolle nicht mehr bei ihm kaufen.

Ein Amerikaner über Deutschland.

American, 24. Oktober. Der Hauptartikler der amerikanischen Zeitschrift „Engineering News Record“ schreibt darin über seinen Besuch in Deutschland, er sei am meisten betroffen von den elenden Verhältnissen, unter denen das deutsche Volk arbeiten müsse. Amerika müsse Englands Politik stützen. Ein hartes Deutschland habe eine Bedrohung für die ganze Welt. England und Deutschland, beide industrielle Nationen mit einem starken kommerziellen Instinkt, müßten in Zukunft einander überkommen, da beide Frankreich gegenüberständen, das von ihnen durch ein anderes Temperament und einem anderen Entwicklungsstand getrennt sei.

Nach deutscher Handelschiffe.

Das Londoner Prisenrecht hat entschieden, daß deutsche Schiffe, die zu Kriegsbeginn in englischen Häfen waren, nicht zurückgegeben, sondern konfiszieren werden sollen. Bei früheren Entscheidungen hatte sich das Prisenrecht auf den Standpunkt gestellt, daß die Bestimmung der 8. Haager Konvention, die das Vorkrecht derartiger feindlicher Schiffe auch während des Krieges anerkennt, anzuerkennen sei. Die jetzt gefällte Entscheidung verläßt diesen Standpunkt.

Der Streit um die deutschen Rabel.

Washington, 24. Oktober. Weiter erfährt die internationale Verkehrskonferenz beschäftigte sich mit der Zuteilung der Rabel im Atlantischen Ozean, die Amerika verlangt, um unmittelbar mit Deutschland verkehren zu können. Die englischen Delegierten scheinen das amerikanische Verlangen abzulehnen.

Autonomie für Oberschlesien.

Berlin, 23. Oktober. Amlich. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten legte heute vormittag die Verhandlungen vom Donnerstag über die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien fort. Es waren u. a. anwesend der Reichskanzler, die Reichsminister des Inneren und des Innern, ferner die oberste schlesische Abgeordneten des Reichstages und der preussischen Landesparlamenten des Reichstages und der preussischen Landesparlamenten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Das Reichsregiment wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle staatliche Autonomie einführt, wenn die oberste schlesische